



**Städte- und Gemeindebund  
Nordrhein-Westfalen**

■ Städte- und Gemeindebund NRW • Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf

Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf  
Kaiserswerther Straße 199-201  
40474 Düsseldorf  
Telefon 0211 • 4587-1  
Telefax 0211 • 4587-291  
E-Mail: info@kommunen-in-nrw.de  
Internet: www.kommunen-in-nrw.de

Je besonders an die

1. Mitglieder des Ausschusses für Strukturpolitik und Verkehr
2. stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses für Strukturpolitik und Verkehr
3. ständigen Gäste

Aktenzeichen: G 10.2.003/003  
Ansprechpartner:  
Geschäftsführer Gerbrand  
Referentin Eink  
Durchwahl 0211 • 4587-241/-233

28. April 2017

**Niederschrift  
über die  
113. Sitzung des Ausschusses für Strukturpolitik und Verkehr  
am 6. April 2017 in Unna**

**I. Teilnehmer**

1. Ordentliche Mitglieder:

RM	Altenhein	Sprockhövel
HBM	Büscher	Much
HBM	Kersting	Eslohe
Ratsmitglied	Lamprecht	Grefrath
HBMIn	Mahnke	Nottuln
Stv. BM	Nick	Unna
Vorstandsvorsitzender		
AöR	Rötters	Moers
HBM	Stickeln	Warburg
Stv.BM	Störmer	Hamminkeln
Bürgermeister	Völkel	Erndtebrück
Bürgermeister	Zillikens	Jüchen

2. Stellvertretende Mitglieder:

HBM	Breuer	Hürth
HBM	Deitert	Reken
HBM	Rüther	Bad Wünnenberg
RM	Susel	Olpe
FBL	Wulf	Beckum

3. Ständige Gäste

keine

#### 4. Referenten:

	Rosin Grote Westrich	Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur und Verbrau- cherschutz des Landes NRW
Dr.	Ni	Energieagentur NRW
Prof. Dr.	Häusler	Hochschule Ostwestfalen Lippe
Prof.	Hall	Hochschule Ostwestfalen Lippe

#### 5. Geschäftsstelle:

Geschäftsführer Gerbrand  
Referentin Eink

#### 6. Vorsitz:

1. Vorstandsvorsitzender AöR, Rötters, Moers

(Teilnehmerliste ist beigelegt **Anlage 1**)

#### II. Tagesordnung:

- 1. Genehmigung der Niederschrift über die 112. Sitzung am 26. Oktober 2016 in Erndtebrück**
- 2. Wettbewerbsaufruf „Kommunaler Klimaschutz.NRW“**  
BE: Julian Rosin, MKULNV NRW
- 3. Zukunft der Elektromobilität**  
BE: Dr. Ni, Energie Agentur NRW
- 4. Digitale Automatisierung ländlicher Wegenetzkonzepte**  
BE: Prof. Dr. Häusler, Hochschule Ostwestfalen-Lippe
- 5. Forderungen an den neuen Landtag und die neue Landesregierung in NRW**  
BE: Geschäftsführer Horst-Heinrich Gerbrand, Geschäftsstelle  
BE: Referentin Cora Eink, Geschäftsstelle
- 6. Sachstand zur Änderung des § 48 OBG NRW**  
BE: Geschäftsführer Horst-Heinrich Gerbrand, Geschäftsstelle  
BE: Referentin Cora Eink, Geschäftsstelle
- 7. Bericht zum Workshop „Mobilität der Zukunft“**  
BE: Referentin Cora Eink, Geschäftsstelle
- 8. Verschiedenes**
  - Bericht aus dem Mittelstandsbeirat
  - Ergebnis Änderung ÖPNVG NRW
  - Ergebnis Runder Tisch E-Scooter
  - Aktionsbündnis Gigabit
  - Ergebnis der Jurysitzung „Digitaler Einzelhandel“

- Verkehrspolitisches Seminar „Verkehrsinfrastruktur vor neuen Herausforderungen: Planung – Erhaltung – Finanzierung“ des StGB NRW am 18.05.2017
- Ort und Zeit der nächsten Sitzung

### III. Ergebnisse

#### Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende, Vorstand AöR **Rötters**, Stadt Moers, sowie Herr Bürgermeister **Kolter**, Stadt Unna, begrüßen die Teilnehmer.

#### Zu TOP 1: **Genehmigung der Niederschrift über die 112. Sitzung am 26.10.2016 in Erndtebrück**

Die Niederschrift über die 112. Sitzung des Ausschusses am 26. Oktober 2016 in Erndtebrück wird einstimmig genehmigt.

#### Zu TOP 2: **Wettbewerbsaufruf „Kommunaler Klimaschutz.NRW“**

Herr **Rosin**, MKULNV NRW, stellt das Förderprogramm „Kommunaler Klimaschutz.NRW“ vor:

Um die Kommunen bei ihren Aktivitäten in Sachen Klimaschutz zu unterstützen, habe das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MKULNV NRW) im November 2016 den Wettbewerbsaufruf zum Förderprogramm „Kommunaler Klimaschutz.NRW“ gestartet. Mit dem Projekt, das ein Gesamtvolumen von 100 Mio. Euro habe (60 Mio. Euro EFRE-Mittel, 40 Mio. Euro Landesmittel), würden Maßnahmenpakete gefördert, die den Ausstoß von Treibhausgasemissionen in einer Kommune verringern. In Verbindung mit treibhausgasmindernden Maßnahmen seien auch Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel förderfähig.

Hinsichtlich der Einzelheiten zum Vortrag wird auf die Präsentation verwiesen, welche als **Anlage 2** beigelegt ist.

In der anschließenden Fragerunde, an der sich insbesondere Herr **Rüther**, Herr **Deitert** und Frau **Altenhein** beteiligen, macht Herr **Rosin** deutlich, dass sich die Fördermaßnahme nicht unmittelbar aus dem Klimaschutzkonzept ergeben müsse. Es würde genügen, wenn sie sich aus dem Konzept ableiten ließe. Das Konzept müsse für eine erfolgreiche Bewerbung zudem noch nicht vollständig fertig gestellt sein, es reiche, wenn die finale Fassung in absehbarer Zeit vorliegen würde. Zweckgebundene Spenden könnten für finanzschwache Kommunen den verbleibenden Eigenanteil ersetzen.

In Abweichung zu dem Beschlussvorschlag schlägt Frau **Altenhein** vor, das Wort „Nothaus-halt“ zu streichen und stattdessen das Wort „finanzschwach“ einzufügen. Dieser Änderungs-vorschlag wird angenommen.

#### **Der Ausschuss beschließt sodann einstimmig:**

*„Der Ausschuss begrüßt das „Förderprogramm „Kommunaler Klimaschutz.NRW“, mit dem das Land NRW die Kommunen bei der Maßnahmenumsetzung ihrer Klimaschutzkonzepte finanziell unterstützt.“*

*Der Ausschuss fordert die Landesregierung auf, die Förderbedingungen flexibel anzuwenden und für finanzschwache Kommunen Möglichkeiten zu schaffen, ihren Eigenanteil vollständig durch Drittmittel zu kompensieren.“*

### **Zu TOP 3: Zukunft der Elektromobilität**

Herr **Dr. Ni**, Energie Agentur NRW, berichtet über die politische Motivation zur Förderung der Elektromobilität und über die Zielvorgaben der Bundesregierung. Zudem gibt er einen Ausblick auf die künftige Entwicklung der Fahrzeugbestände und des Marktes für Elektrofahrzeuge.

Hinsichtlich der Einzelheiten wird auf die Präsentation verwiesen, welche als **Anlage 3** beigefügt ist.

Geschäftsführer **Gerbrand**, Geschäftsstelle, weist auf die Pressemitteilung des StGB NRW zum Thema „Diesel-Fahrverbote in den Städten“ hin. Es dürfe nicht sein, dass sich das Problem der Feinstaub- und Stickoxidbelastung nun auf den Verbraucher und die Städte verlagere. Hier seien vor allem die Autohersteller in der Pflicht, emissionsarme Autos zu entwickeln. Auch der Ausbau der Nahmobilität sei ein weiterer Aspekt, mit dem die Luft in den Städten verbessert werden könne.

Referentin **Eink**, Geschäftsstelle, berichtet über den Workshop der Begleitforschung zum Förderprogramm Elektromobilität des BMVI. In dem Workshop sei herausgearbeitet worden, dass es v.a. im gewerblichen Bereich an entsprechenden Fahrzeugmodellen mangle, die den Nutzeransprüchen gerecht werden könnten. Leider sei – bezeichnend- kein Vertreter der Automobilindustrie zu dem Workshop erschienen, sodass sich der Eindruck verstärke, dass das Interesse der Autohersteller an der Fortentwicklung der Elektromobilität noch nicht groß genug sei.

Herr **Büscher** berichtet von seinen Erfahrungen als Nutzer eines E-Autos. Große Probleme bestünden darin, dass die Ladeinfrastruktur bzw. dessen Abrechnungssystem nicht einheitlich sei und eine Betankung in einer anderen Stadt deshalb oftmals nicht möglich sei. Zudem müssten die Versicherungspolizen deutlich günstiger werden. Aufgrund der hohen Schadenssumme im Falle einer defekten Batterie seien Versicherungen verhältnismäßig kostspielig. Von diesen Hürden abgesehen seien E-Autos aber weiterzuempfehlen. Herr **Dr. Ni** entgegnete, dass es teilweise schon Sonderversicherungstarife für E-Autos gebe. Auch solle es künftig ein einheitliches Abrechnungssystem für alle Ladesäulen geben.

Herr **Stickeln** merkte an, dass Norwegen als Vorbild dienen könne. Industrie und Hersteller müssten mehr forschen. Herr **Dr. Ni** antwortet, dass Norwegen auf die Luxussteuer für E-Autos verzichte. Außerdem seien Busspuren und Parkplätze für E-Autos nutzbar. Auch das Laden sei kostenlos. Dies sei in Norwegen hauptsächlich aufgrund der guten Haushaltslage finanzierbar.

Herr **Breuer** regt an, auch Wasserstoff-Autos in den Beschlussvorschlag aufzunehmen. Herr **Gerbrand** erwidert, dass er den Beschluss ungern technokratisch „überladen“ wolle. Frau **Altenhein** schlägt vor, den Beschlussvorschlag weiter zu fassen und auf Pedelecs auszuweiten. Herr **Gerbrand** weist darauf hin, dass zwar auch Pedelecs ein wichtiger Baustein der E-Mobilität seien, es in diesem Tagesordnungspunkt jedoch um das gesonderte Thema der E-Autos ginge. Der Beschlussvorschlag könne aber insoweit geändert werden, als dass das Wort „Elektromobilität“ durch „Elektroautos“ ersetzt werde.

### **Der Ausschuss fasste sodann einstimmig folgenden Beschluss:**

*„Der Ausschuss begrüßt die zunehmende Bedeutung von Elektrofahrzeugen und sieht den verstärkten Einsatz von E-Autos als wirksames Mittel an, um Luftschadstoffe und Verkehrslärm zu reduzieren. Nach Einschätzung des Ausschusses werden sich Elektroautos dauerhaft aber nur durchsetzen, wenn die Reichweite vergrößert und die Anschaffungskosten – losgelöst*

von staatlichen Subventionen – deutlich reduziert werden. Zudem bedarf es einer gut ausgebauten Ladeinfrastruktur.

Der Ausschuss beurteilt umfassende kommunale Vorleistungen in Bezug auf die Einrichtung einer öffentlichen Ladeinfrastruktur skeptisch. Er sieht es als eine maßgebliche Aufgabe des Marktes an, die Ladeinfrastruktur bedarfsgerecht auszubauen. Eine „Überfrachtung“ des ohnehin knappen öffentlichen Verkehrsraumes, welcher zudem zahlreichen Nutzungskonkurrenzen gerecht werden muss, sollte vermieden werden.“

#### **TOP 4: Digitale Automatisierung ländlicher Wegenetzkonzepte**

**Prof. Dr. Häusler** und **Prof. Hall**, Hochschule Ostwestfalen-Lippe, stellen ihren Ansatz eines digitalisierten Wegenetzkonzeptes vor. Dieser greife die Problematik der erheblichen inhaltlichen und technischen Redundanz in der derzeitigen Einzelförderung auf und schlage ein übergreifendes, vernetzendes und digital-automatisiertes Verfahren vor, das den Prozess zur Erstellung eines kommunalen Wirtschaftswegekonzepts verschlanken und kostengünstiger gestalten solle.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Präsentation verwiesen, welche als **Anlage 4** beigefügt ist.

In der anschließenden Diskussion gibt Herr **Stickeln** an, dass er das Modellprojekt im Kreis Höxter verfolgt habe und dieses sehr erfolgreich gewesen sei. Herr **Rüther** bekundet Interesse an dem Ansatz der Hochschule Ostwestfalen-Lippe, allerdings werde in seiner Kommune derzeit bereits ein Wirtschaftswegekonzept erstellt. Herr **Kersting** und Herr **Völkel** diskutieren über den Umstand, dass Wirtschaftswege zum Teil nicht im Eigentum der Kommune stünden. Herr **Wulf** problematisiert die kurze Abrechnungszeit im Rahmen der Förderung von Wirtschaftswegekonzepten. Herr **Gerbrand** und Frau **Eink** nehmen diesen Hinweis entgegen. Frau **Eink** sagt außerdem zu, dass sie im Rahmen der nächsten Sitzung über die Gründung eines Wirtschaftswegeverbandes in Metelen und Gescher berichten werde.

#### **TOP 5: Forderungen an den neuen Landtag und die neue Landesregierung in NRW**

Herr **Gerbrand**, Geschäftsstelle, berichtet über das Forderungspapier der Geschäftsstelle im Hinblick auf die am 14. Mai stattfindende Landtagswahl. In diesem Papier würden die zentralen Forderungen formuliert, die aus Sicht des Verbandes in den nächsten Jahren eine hervorgehobene Bedeutung hätten. Es gehe unter anderem um die Integration von Flüchtlingen, die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und die Steigerung der Attraktivität des kreisangehörigen Raumes.

Auch für den Bereich „Wirtschaft und Verkehr“ habe die Geschäftsstelle die wesentlichen Herausforderungen aufgegriffen und Handlungsnotwendigkeiten aufgezeigt. Insbesondere die Themen Breitband, Verkehrsinfrastruktur, Nahmobilität und Nahversorgung seien in Zukunft von hoher Wichtigkeit.

In der anschließenden Diskussion begrüßen Herr **Stickeln** und Herr **Rüther** insbesondere die Forderungen zum Thema Breitbandinfrastruktur.

#### **Der Ausschuss fasst sodann einstimmig folgenden Beschluss:**

*„Der Ausschuss unterstützt die von der Geschäftsstelle entwickelten Forderungen an die neue Landesregierung und bekräftigt die Notwendigkeit einer zügigen Umsetzung in der neuen Legislaturperiode.“*

## **TOP 6: Sachstand zur Änderung des § 48 OBG NRW**

Frau **Eink**, Geschäftsstelle, berichtet über das Ergebnis des Treffens mit Vertretern aus dem Verkehrs- und Innenministerium. Die Anwesenden seien übereinstimmend zu dem Schluss gekommen, dass eine Ausweitung der Zuständigkeit für Geschwindigkeitsüberwachungen auf mittlere kreisangehörige Städte unter bestimmten Voraussetzungen sinnvoll sei.

In der anschließenden Aussprache macht Herr **Breuer** deutlich, dass die Aufgabe nach seiner Auffassung beim Kreis sinnvoll angesiedelt sei. Herr **Stickeln**, Herr **Völkel** und Herr **Störmer** begrüßen den Vorschlag der Geschäftsstelle und heben hervor, dass die Kontroll-dichte in NRW zu niedrig sei.

### **Der Ausschuss fasst sodann – mit einer Gegenstimme – folgenden Beschluss:**

*„Der Ausschuss misst dem Thema „Verkehrssicherheit“ eine große verkehrspolitische Bedeutung zu. Um die Verkehrssicherheit zu erhöhen, hält der Ausschuss flächendeckende Geschwindigkeitsüberwachungen an Unfallhäufungsstellen für sinnvoll und notwendig.“*

*Vor dem Hintergrund, dass eine hohe Kontroll-dichte nicht in allen Landesteilen NRWs gleichermaßen gewährleistet ist, befürwortet der Ausschuss eine optionale Ausweitung der Zuständigkeit für Geschwindigkeitsüberwachungen im Straßenverkehr an Gefahrenstellen auf Mittlere kreisangehörige Städte.“*

## **TOP 7: Bericht zum Workshop „Mobilität der Zukunft“**

Frau **Eink**, Geschäftsstelle, berichtet über den Workshop „Mobilität der Zukunft“. Der Workshop habe sich eingehend mit aktuellen Trends und Entwicklungen im Verkehrssegment beschäftigt und diene als Grundlage für das gleich lautende Positionspapier.

## **TOP 8: Verschiedenes**

- Bericht aus dem Mittelstandsbeirat
- Ergebnis Änderung ÖPNVG NRW
- Ergebnis Runder Tisch E-Scooter
- Aktionsbündnis Gigabit
- Ergebnis der Jurysitzung „Digitaler Einzelhandel“
- Verkehrspolitisches Seminar „Verkehrsinfrastruktur vor neuen Herausforderungen: Planung – Erhaltung – Finanzierung“ des StGB NRW am 18.05.2017
- Ort und Zeit der nächsten Sitzung

Die Berichte werden ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**Ort und Zeit der nächsten Sitzung:** Die nächste Sitzung findet am **Mittwoch, den 08. November 2017** statt. Der Ort wird noch rechtzeitig mitgeteilt.

Eine Pressemitteilung nebst Gruppenfoto sind als **Anlagen 5 und 6** beigefügt.

  
Horst-Heinrich Gerbrand

  
Cora Eink